

# Nahost: Der tragische Konflikt

**Mai 1988. In Münster werden anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Staates Israel israelische Kulturtage veranstaltet. Gleichzeitig tobt in der von Israel seit 1967 besetzt gehaltenen Westbank und dem Gazastreifen die erste Intifada, eine von der gesamten palästinensischen Bevölkerung getragene Widerstandsbewegung gegen die israelische Besatzung.**

Während der Demonstration, die anlässlich dieser Ereignisse zur „Solidarität mit dem palästinensischen Volk“ aufrief, trugen Grüne ein Transparent, das gleichermaßen die palästinensische und die israelische Nationalflagge zeigt.

Auf dem Flugblatt, das während der Demonstration verteilt wurde, brachten die Grünen Sympathie und Unterstützung für die „palästinensischen und jüdischen Menschen und Gruppen“ zum Ausdruck, „die sich trotz vieler Anfeindungen für den Dialog, für den Abzug der israelischen Besatzungsmacht, für eine friedliche Lösung auf Grundlage gegenseitiger Anerkennung einsetzen“.

Das Transparent führte während und nach der Demonstration zum Eklat, war es doch für viele eine unerträgliche Provokation und ein Tabubruch. Für die Ausrichter der israelischen Kulturtage war die palästinensische Fahne ein rotes Tuch. Auf der anderen Seite waren die Aktivisten der Palästina-Solidarität geschockt. Für die Grünen ist Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts des jüdischen und des palästinensischen Volkes in Palästina/Israel die zentrale Voraussetzung für eine friedliche Lösung des Konfliktes. Eine Position, die nur einer Seite das Existenzrecht zuspricht, führt zur Vertreibung oder Vernichtung des anderen Volkes.

Grüne Politik geht von der Frage aus, wie eine für beide Konfliktparteien befriedigende Lösung herbeigeführt werden könnte.

Der Holocaust an den Juden während der Nationalsozialismus stellt uns Deutsche in eine besondere Verantwortung zu Israel. Über die letzten Jahrzehnte hat sich außerdem eine tiefe und intensive kulturelle und soziale Bindung zwischen beiden Gesellschaften entwickelt, die geprägt ist von engen freundschaftlichen Kontakten, institutionellem Austausch und organisatorischen Bindungen. Deutschland hat mit Israel die meisten Städtepartnerschaften. Auf der anderen Seite bestehen zu den arabischen Staaten ebenfalls enge Beziehungen. Ein Friede zwischen Palästinensern, den arabischen Staaten und Israel würde für Deutschland den schwierigen Widerspruch zwischen seinen besonderen Beziehungen zu Israel und dem Interesse an intensiven und guten Beziehungen zu den arabischen Staaten beenden.

Dennoch bedeutet die Verantwortung, der wir uns aufgrund der deutschen Geschichte stellen müssen und stellen wollen, keine blinde Solidarität mit der konkreten Politik

werden sollte, begleitet von Terroranschlägen durch palästinensischen Terroristen mit dem Ziel, die Verhandlungen zu sabotieren. Auf der anderen Seite demonstrierten be-

nach Israel sowie die Etablierung Jerusalems als die Hauptstadt zweier Völker.“

Bemerkenswert ist, dass diese Auffassung inzwischen weltweit von der internationalen Staatengemeinschaft als möglicher und richtiger Ansatz zur Regulierung des Konfliktes und zur Verringerung der Gewalt anerkannt wird. Im Gegensatz zu der ersten Intifada in den 80ern hat nun die aktuelle so genannte Al Aqsa Intifada einen Doppelcharakter: Zum einen kämpfen die Palästinenser, um ein Ende der Besatzung zu erreichen und ihr Recht auf einen unabhängigen Staat durchzusetzen. Gleichzeitig führen fanatische Muslime von Iran bis Gaza und von Libanon bis Ramallah einen Krieg, um Israel zu vernichten und die Juden zu vertreiben.

Im April 2002 wurde in Münster auf einer Solidaritätsdemonstration für die Palästinenser „Tod den Juden“ skandiert, längst rufen die Führer der Hamas dazu auf, solange zu kämpfen, bis „kein Ungläubiger“ mehr „den heiligen Boden beschmutzt“. Ein Ende der Besatzung, die Auflösung der Siedlungen und ein palästinensischer Staat würde den einen Krieg beenden und damit die Selbstmordattentate und andere Operationen stark reduzieren, aber nicht beenden. Trotzdem würde das die Sicherheit Israels und seiner Bevölkerung erheblich erhöhen und längerfristig vertrauensbildend wirken.

Als deutsche Grüne verfolgen wir die Situation von außen. Die Chance besteht für uns weniger darin, sich mit der ein oder anderen Seite der beiden Konfliktparteien zu „solidarisieren“, sondern vielmehr als Partner/in beide Seiten bei der Konfliktregulierung zu unterstützen. Grüne Politik unterstützt dabei diejenigen in beiden Gesellschaften, die die international akzeptierte Zwei-Staaten-Regelung durch Verhandlungen erzielen wollen. Der Konflikt kann nur mit Hilfe Dritter re-zivilisiert werden. Während der Oslo-Prozess die Frage nach dem endgültigen Ziel der Verhandlungen ausklammerte, schlägt der Fischer-Plan vor, das politische Endziel an den Anfang der Verhandlungen zu stellen: Eine Zwei-Staaten-Lösung mit garantierter Sicherheit für beide Seiten. Dafür stehen wir Grüne.



1988, während einer Demonstration in Münster war dieses Transparent ein Skandal. Seitdem stehen Grüne für eine Lösung, die für Israel mehr Sicherheit und für die PalästinenserInnen einen eigenen Staat in der Westbank und im Gaza bedeuten.

der Regierung des Staates Israel. Die Konsequenz, die wir aus der deutschen Geschichte ziehen, heißt: aktive Solidarität, wenn in der Welt Jüdinnen und Juden bedroht werden. Jede Form von Antisemitismus wird von uns bekämpft. Die Konsequenz heißt ebenso vorbehaltlos, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Menschenrechte sind nicht teilbar. Nur die Einhaltung der universalen Menschenrechte führt zu mehr Sicherheit. Seit einigen Monaten wird gerade aus der politischen Mitte in Deutschland diese besondere Beziehung Deutschlands zu Israel bestritten. Der FDP-Politiker Möllemann gab angesichts des Nahostkonfliktes furchtbar sein Verständnis für Selbstmordattentäter kund und der CDU-Politiker Blüm sprach von einem „Vernichtungskrieg“, den Israel gegenüber den Palästinensern führe, und zieht damit eine direkte Linie zum Holocaust der Nazis. Häufig sieht man auf Demonstrationen Transparente, die von einem „Holocaust an den Palästinensern“ sprechen. Hier wird der Versuch unternommen, die eigene Geschichte zu entsorgen, indem man den tatsächlichen und den „politischen“ Nachkommen der Holocaustopfer auf eine Stufe mit den eigenen Nazi-Vätern und Nazi-Müttern stellt.

Mit dem Scheitern des Verhandlungsmarathons von Camp David zwischen Clinton, Barak und Arafat, der Demonstration des damaligen Oppositionsführers Sharon auf dem Tempelberg und dem Ausbruch der so genannten Al Aqsa Intifada hat eine neue Zeitrechnung im Nahen Osten begonnen. Bereits vorher wurde jede Initiative, durch die möglicherweise oder tatsächlich der Konflikt oder ein Teilproblem über den Verhandlungsweg eingedämmt

waffnete Siedler in Jerusalem, besetzten nicht bewohnte Hügel in der Westbank mit Wohnmobilen und bauten bestehende Siedlungen kontinuierlich aus.

Nun begreift sich die Mehrheit der Bevölkerung in beiden Gesellschaften in einem Konflikt, in dem es ausschließlich um das eigene Überleben geht. Mit der „Operation Schutzwall“ der israelischen Armee sahen sich die Palästinenser durch die israelische Besatzung massiv bedroht. Die Toten und Verletzten, die Angriffe der israelischen Armee, die Verwüstungen und Zerstörungen, die Einschränkungen in der Bewegungsfreiheit setzten in gesteigertem Maße einen Lebensalltag fort, der sich über die Jahre auch während der Friedensverhandlungen kaum verändert hatte.

Die Zunahme der Terroranschläge haben bei den Israelis die Angst, Opfer eines Selbstmordanschlages zu werden, weiter verschärft. Jeder Gang zum Arbeitsplatz, jeder Kinobesuch bedeutet die reale Gefahr, Opfer zu werden. Damit einher geht die Befürchtung, die Palästinenser hätten die Existenz Israels niemals akzeptiert. Die israelische Knesset-Abgeordnete Naomi Chazan hat die Lösung auf ihrem Vortrag im Sommer 2001 in Münster in einem einzigen Satz zusammengefasst: „Die gesicherte Existenz des israelischen und eines palästinensischen Staates in den Grenzen von '67 einschließlich der Aufgabe der israelischen Siedlungen, die Aufrechterhaltung der Entmilitarisierung der palästinensischen Gebiete, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten, einer Vereinbarung über das palästinensischen Flüchtlingsproblem, die Entschädigung der Flüchtlinge und Rückkehr eines Teils